

Ressort Berlin aus der Morgenpost vom Dienstag, 26 April 2005

SPD für Chipkarte auf dem Bau

Fälschungssichere Identitätsausweise sollen ab Januar 2006 im Kampf gegen die Schwarzarbeit helfen

Von Karsten Hintzmann

Die SPD-Fraktion will dem Kampf gegen die Schwarzarbeit zu einer neuen Dynamik verhelfen. Erstmals sprechen sich Berlins Sozialdemokraten für die Einführung von Chipkarten für Arbeitnehmer in der Baubranche und im Taxigewerbe aus. Diese Forderung wird bereits seit Jahren von der Fachgemeinschaft Bau erhoben, wurde vom Senat bislang jedoch stets aus Datenschutzgründen abgelehnt.

SPD-Bauexperte Ralf Hillenberg sagte der Berliner Morgenpost: "Wir werden den Datenschützern natürlich auch künftig zuhören, aber beim Thema Schwarzarbeit müssen wir allein politisch entscheiden. Da kann der Datenschutz nicht an erster Stelle stehen."

Mehrere SPD-Parlamentarier haben sich um Hillenberg geschart und einen Antrag erarbeitet, mit dem der rot-rote Senat aufgefordert wird, "einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, mit dem Ziel der Einführung einer Chipkarte, zunächst für die Bereiche Bauwesen und Taxigewerbe." Diese Karten sollten, so die Antragsteller, mit Paßbild, Namen und Sozialversicherungsnummer ausgestattet sein und vom jeweiligen Arbeitnehmer während der Arbeitszeit sichtbar getragen werden.

Hillenberg: "Da der Senat und die zuständige Senatorin Heidi Knake-Werner beim Thema Chipkarte sehr zögerlich agieren, muß das Parlament die Landesregierung in dieser Frage treiben. Denn wir können nicht länger tatenlos zusehen, daß der Berliner Wirtschaft pro Jahr 16 bis 20 Milliarden Euro durch Schwarzarbeit verlorengehen und das Heer der arbeitslosen Bauarbeiter ständig anwächst."

Am kommenden Montag soll der Antrag im SPD-Arbeitskreis Bauen den letzten Schliff erhalten und eine Woche darauf dann in der SPD-Fraktion zur Diskussion gestellt werden. Hillenberg erwartet breite Zustimmung im Kreis seiner Genossen. Dem Vernehmen nach findet die Chipkarten-Initiative die volle Unterstützung bei SPD-Fraktionschef Michael Müller und Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer. In deren Verwaltung wurde bereits eine Arbeitsgruppe installiert, die alle Fragen der Praxiseinführung von Chipkarten abklopft."

Während sich CDU und Grüne in der Vergangenheit wiederholt für den Einsatz von Chipkarten eingesetzt haben, sperrt sich die PDS gegen dieses Vorhaben. Nach Ansicht von Carola Bluhm, PDS-Vizefraktionschefin und Arbeitsmarktexpertin, wäre die Einführung von Chipkarten zu teuer und bürokratisch aufwendig: "Dieses Mittel könnte nicht annähernd jene Erfolge bringen wie eine Ausweitung des Entsendegesetzes oder die Einführung von Mindestlöhnen."

SPD-Politiker Hillenberg ist dennoch optimistisch, daß die fälschungssichere Chipkarte auf dem Bau und im Taxigewerbe schon zum 1. Januar 2006 eingeführt werden kann. Hillenberg: "Wir werden jetzt Überzeugungsarbeit bei unserem Koalitionspartner leisten, um noch vor der Wahl im Herbst 2006 ein klares Signal im Kampf gegen die Schwarzarbeit zu setzen."

URL dieses Artikels: <http://www.morgenpost.de/content/2005/04/26/berlin/749760.html>